

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Jitzdorf

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6000.— M., durch die Post bezogen monatlich 6000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonntagsnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Vogelkiste Komparierzettel 400.— M., anderwärts 500.— M., die Vogelkiste Reklamierzettel 1500.— M., anderwärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7600 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 150 Proz.

Nr. 83

Dresden, Dienstag den 10. April 1923

34. Jahrg.

Das Programm der Regierung Zeigner

In der heutigen Sitzung des Landtages gab Ministerpräsident Zeigner die Programmklärung der neuen Regierung. Er begann mit einem Hinweis auf die veränderte Besetzung des Kabinetts und fuhr dann fort:

Meine Damen und Herren! Die neue Regierung bekennt sich ausdrücklich zu den am 12. Dezember vorigen Jahres angeführten geschichtlichen Maßnahmen. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im gesamten Deutschland und in unserer engeren Heimat haben sich aber seit der Abgabe dieser Regierungserklärung so entwickelt, daß es geboten erscheint, sich nicht kurz und bündig auf die damalige Erklärung zu beschränken. Es ist angebracht, zu einer ganzen Reihe weiterer Fragen Stellung zu nehmen.

Sachsen ist infolge seiner wirtschaftlichen Struktur unabhöbar mit dem Reich verknüpft, mehr als andere Länder, mehr als andere von dessen wirtschaftlichem Schicksal abhängig. Auf ganz Deutschland lastet seit Jahren der Druck des Friedensvertrages, der Reparationen, der Ententoten und Ententendrohungen. Seit Monaten hat sich dieser Druck anerkennlich verschärft infolge der

Beseitigung des Ruhrgebietes.

Unser Schicksal als selbständige Nation und als leistungsfähiger Wirtschaftsbereich hängt davon ab, daß es gelingt, der französischen Invasionsarmee Herr zu werden. Die sächsische Regierung ist mit der Reichsregierung einig darin, daß der Kampf gegen die fortschreitende Schmälerung unserer Hoheitsrechte, gegen die Zerstörung unserer Wirtschaftsorganisation und die Ausbeutung des deutschen Volkes mit aller Kraft fortgesetzt werden muß. Das Ziel des Abwehrkampfes ist die Verbandsbereitschaft der französischen und der belgischen Regierung auf vernünftiger Basis herbeizuführen.

Die Regierung ist aber der Ansicht, daß diese Politik der Abwehr, des passiven Widerstandes möglichst rasch, klar und eindeutig durch eine aktive Politik positiver Vorstöße ergänzt werden muß. Sie würde es daher begrüßen, wenn jede sich bietende ernsthafte Möglichkeit zu Verhandlungen mit der französischen und der belgischen Regierung zu gelangen, von der Reichsregierung entschlossen ausgenutzt würde. Sie legt aber weiter Gewicht darauf, feierlich zu erklären, daß nach ihrer Ansicht

eine Verständigung mit Frankreich ohne ein großes Opfer der bestehenden Klassen Deutschlands nicht denkbar ist.

Solange der Optimismus der bestehenden Schichten nicht dieser Einsicht weicht, ist ihr Reden über den französischen Rechtsbruch, jeder Appell an das Rechtsgefühl und das Kulturgefühl der Welt nur unvernünftige und zwecklose Deltamation.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich! Wir haben immer wieder sehen müssen, daß dieses Verantwortlichkeitsgefühl bei den bestehenden Schichten Deutschlands nicht allseitig vorhanden ist. Deshalb, und weil sich die sächsische Regierung ganz besonders als das Vertrauensorgan der besitzlosen Massen fühlt, hält sie es auch für unbedingt geboten, daß die von ihr geforderte aktive Politik der Reichsregierung diese Einsicht in die Notwendigkeit eines großen Opfers der bestehenden Klassen nicht vermitteln läßt. Ihr erklärtes Ziel ist es weiter notwendig, daß das Reich tunlichst bald einen Sanierungsplan vorlegt und vor Beginn irgendwelcher Verhandlungen mit der Entente nicht nur die großen Unternehmerorganisationen, sondern auch die Organisationen der arbeitenden Massen und die Länder hört.

Nichts darf versäumt werden, um der außerpolitischen Schwierigkeiten des Reiches Herr zu werden. Denn sie sind neben den 4 Jahren Krieg die Ursache unserer verzweifeltsten wirtschaftlichen Lage. Um aus ihr herauszukommen, wird die sächsische Regierung alles tun, was geeignet ist, um die Entwicklung

von der Privatwirtschaft zur Gemeinwirtschaft

vorwärts zu treiben. Nicht nur in Deutschland, in der ganzen Welt finden wir ein allgemeines Durcheinander, Planlosigkeit der Produktion, Vergeudung von Rohstoffen und Arbeitskräften, un sinnigen Luxus auf der einen Seite, Not und Mangel an unentbehrlichen Lebensmitteln auf der anderen. Dabei hätte das durch Krieg und Notbedingte verarmte Deutschland besonderen Grund, mit seinen wirtschaftlichen Kräften so hausväterisch wie möglich umzugehen.

Wir wissen jedoch, daß ein kleines Land wie Sachsen mit seiner eingeschränkten Völkergewalt und seinen immerhin bescheidenen Wirtschaftskräften inmitten einer kapitalistischen Welt sozialistische Ziele nicht so verwirklichen kann, wie wir das wünschen. Es muß sich bekennen, den Beweis dafür zu erbringen, daß auch in dem engen Rahmen eines Einzelstaates sichtbare Fortschritte zu sozialistischen Wirtschaftsformen möglich sind. Schon um die Kraft der Gesamtheit gegenüber den Mächten der Privatwirtschaft zu stärken, ist es notwendig, daß die Beteiligung des Staates und anderer öffentlicher Körperschaften am Wirtschaftsleben ausgedehnt wird. Jede Bürokratisierung der Betriebe sollen soziale und wirtschaftliche Musterbetriebe werden, in denen alle Erzeugnisse der modernen Technik ausgenutzt werden. Sie dürfen an Beweglichkeit und kaufmännischem Geist hinter Privatbetrieben nicht zurückbleiben. Von diesem Gedanken geleitet, werden wir den Ausbau der Staatsbetriebe und aller gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen mit allen Kräften fördern. Ein Landwirtschaftsministerium, das ein demokratisches Wahlrecht bringt und den Einfluß des landwirtschaftlichen Kleinbesitzes gegenüber dem Großgrundbesitz wesentlich erweitert, wird dem Landtage zugehen. Dem Wirtschaftsleben wird die Regierung jede mit den Interessen der großen Massen zu vereinbarende Unterstützung angedeihen lassen. Sie wird die Dankschuld, Hoch- und Bewunderung fördern, alle Bestrebungen zur Hebung der Qualitätsarbeit unterstützen, dem Genossenschaftswesen, dem gewerblichen und dem landwirtschaftlichen Fortschritt, dem Versuchsinstituten in jeder Beziehung helfen und weitere Initiativen nach Sachsen zu ziehen suchen.

Wir möchten darauf, daß die wirtschaftliche Not meist die Ur-

sache der Kriminalität ist, wird sie weiter dem Landtage einmündig vorlegen.

Die Schwierigkeiten und Nöthstände auf dem Gebiete der Volksernährung

Sind auch durch die von der Reichsregierung eingeleiteten und nicht ohne Erfolg gebliebenen Maßnahmen zur Erhöhung des Wertes und der Festigung der deutschen Mark bisher nicht gemindert worden. Die Regierung wird deshalb schon in den nächsten Tagen eine Verordnung erlassen, durch die jede Preisstreberei besonders nachdrücklich dadurch bekämpft werden wird, daß zur Kontrolle der Preisbildung besondere Ausschüsse bei den Preisprüfungsstellen errichtet werden, die aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten bestehen und die von den Preisprüfungsstellen im Einvernehmen mit den beteiligten Arbeiter- und Angestelltenorganisationen beauftragt werden. Auch wird die Regierung mit allem Nachdruck ihren Einfluß im Preise geltend machen, um eine weitere Verschärfung der Strafbestimmungen gegen Käufer zu erzielen und der ungebundenen freien Wirtschaft auf gesetzlichem Wege Schranken aufzuerlegen. Sie begrüßt daher den Gedanken eines Reichs-Larzelgesetzes, das die Preispolitik der Unternehmenseinzelnen unter die Kontrolle der Öffentlichkeit und des Staates stellen und die Umwandlung der Kartelle in gemeinwirtschaftliche Organe vorbereiten soll.

Einem Abbau der Löhne und Gehälter wird sie sich mit aller Entschiedenheit widersetzen, solange nicht die Wertberhöhung der deutschen Mark im internationalen Verkehr eine erhebliche Preislenkung im innerdeutschen Wirtschaftsleben zur Folge gehabt hat.

Die schwierige Finanzlage des Staates

Durch die weitere Entwertung der Mark wurde sie wesentlich gesteigert, weshalb die Regierung unter allen Umständen auf größte Sparmaßnahme drängen wird.

Den unvermeidlich notwendigen finanziellen Ausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden soll in erster Linie das Abänderungsgesetz zum Landessteuergesetz bringen, das der Reichstag trotz dem unablässigen Drängen der Länder und der Gemeinden bisher leider noch nicht beschließen hat. Sobald dies geschehen, soll die landesgesetzliche Regelung durch eine Abänderung des sächsischen Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz mit größter Beschleunigung vorgenommen werden.

Zusammenfassung der Hauptfragen der Sozialpolitik

gehört der Ausbau der Erwerbslosenfürsorge. Die Regierung ist hierbei jedoch grundsätzlich auf eine nachdrückliche Arbeitsverwaltung beschränkt. Die von dem 12. Februar 1923 geltenden Unterstützungsätze, die auf eine wesentlich durch das sächsische Arbeitsministerium angeregte Entschärfung des Reichs-Larzelgesetzes zurückzuführen sind, haben sich infolge der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung als durchaus unzulänglich erwiesen. Sie bedürfen einer gründlichen Erhebung über den Nahrungsbedarf erwachsener Personen in den sächsischen Großstädten bestätigt hat, den notwendigen Lebensunterhalt nicht. Seit dem 9. März 1923 liegt es halb ein Antrag Sachsen dem Reichstag vor, die Erwerbslosenunterstützung gleichend

Auf dem Gebiete der produktiven Erwerbslosenfürsorge wird die Regierung bemüht bleiben, die Vergütung von Staatsaufträgen wesentlich mit unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorzunehmen und möglichst umfangreiche Reichsaufträge nach Sachsen zu bringen. Darüber hinaus wird sie ihre Bemühungen beim Reich um Verbesserung der Ausführungsbestimmungen zu § 16 der Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge fortsetzen.

Dem Arbeitsmarkt wird sie die größte Aufmerksamkeit zuwenden und nicht unterlassen, was geeignet ist, ihn zu beleben. Schon mit Rücksicht auf ihn wird sie jedem Versuch, den Arbeitsmarkt zu verengern, entschieden entgegenzutreten. Eine besondere Bedeutung für den Arbeitsmarkt in dieser Lage hat der Wohnungsbau, dessen Förderung freilich aus den besonderen Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht möglich erscheint, sondern auf Grund besonderer Mittel des Reiches erfolgen muß. Im Zusammenhang mit der Frage der Erwerbslosigkeit wird die Regierung der Durchführung besonderer Maßnahmen zur Beschäftigung der Arbeitslosen besondere Aufmerksamkeit schenken. — Ebenso ist die weitere Verbesserung der

wirtschaftlichen Notlage der Sozial- und Kleinrentner

eine andauernde ernste Sorge der Regierung. Sie hat ihre Gesundheitsfürsorge in Berlin angewiesen, sich für die Erhöhung der Notstandsunterstützung einzusetzen. Eine Ausführungsverordnung zum Gesetz über Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentnerempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung ist bereits fertiggestellt. Sie wird demnächst im Gesetzblatt veröffentlicht werden und bestimmt, daß an Stelle der Gemeinden die Bezirksverbände die Kosten der Notstandsmassnahmen ganz oder zum Teil übernehmen können.

Bei Schlichtung von Lohnstreitigkeiten wird die Regierung sich verpflichtet fühlen, die aufwärts strebenden wirtschaftlichen Interessen in allen berechtigten Krisenkämpfen zu unterstützen. Den in der Öffentlichkeit geäußerten Wünschen entsprechend wird sie den Entwurf eines Arbeitsamtergesetzes ausarbeiten und dann mit einem Kammerwahlgesetz dem Landtage vorlegen. Als Regierung eines demokratischen Staates muß sie auf die Pflege einer

allgemeinen und neuzeitlichen Volkserziehung

den größten Wert legen. Dabei wird es sich zunächst darum handeln, die allgemeine Schule auf ein möglichst hohes Maß der Leistungsfähigkeit zu bringen, damit niemand die Voraussetzungen mangelt, sich mit den Hauptfragen und Hauptforderungen des eigenen und öffentlichen Lebens auseinanderzusetzen. Zu diesem Zweck wird die Regierung die im Schulbedarfsgesetz vom 31. Juli

1922 festgelegten Maßnahmen nach Möglichkeit durchführen und die Reform der Lehrerbildung zielbewußt fördern.

Dem Einheitschulgedanken und dem allgemeinen Schulfortschritt droht zur Zeit eine schwere Gefahr durch den Antrag, den bürgerliche Parteien im Reichstag zu § 2 des Gesetzes — Vorlage über Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung — eingebracht haben. Die sächsische Regierung hält diesen Antrag auch für verfassungswidrig und hat deshalb bereits am maßgebenden Orte dagegen Protest eingelegt. Den Gegenantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hält die Regierung für eine geeignete, lokale und verfassungsmäßige Grundlage für die Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung.

Alle diese für unsern wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wiederaufbau notwendige Arbeit kann nur geleistet werden auf dem

Boden der Republik.

Diese aber ist bedroht. Sie wird es auf Jahre hinaus sein. Gerade die fortgesetzten außerpolitischen Schwierigkeiten des Reiches sind es, die einem Teile des deutschen Volkes immer wieder einen Vorwand geben, die Republik anzugreifen, sie zu unterminieren. In diesen Kreisen wird die Republik, wenn die Führer der republikanischen Entwicklung verantwortlich gemacht für unfre ungeheuren politischen Schwierigkeiten. Tatsächlich werden die außerpolitischen Schwierigkeiten des Reiches nur als Vorwand für dieses Treiben benutzt. Die wahre Ursache der Mangelarbeit liegt darin, daß die Kreise die Macht im Staatsapparat verloren haben und zu verlieren fürchten und sich in ihrer wirtschaftlichen Notlage bedroht fühlen.

Der Kampf um die Festigung des republikanischen Gedankens in Deutschland hat also in erster Linie wirtschaftliche Hintergründe. Die Republik ist aber für den weitaus größten Teil des deutschen Volkes die einzige Staatsform, die einen Weg dafür eröffnet, daß in einem Jahre dauern, mühseligen Prozesse schrittweise diejenige Umgestaltung des Reiches und der wirtschaftlichen Machtverhältnisse erfolgt, die notwendig ist, um den Nationen staatsbürgerliche Freiheit, Anteil an den Kulturwerten der Nation und eine auskömmliche Existenz zu sichern. In diesem Kampfe hat die Arbeiterschaft leider immer wieder sehen müssen,

daß das Reich gegenüber dem Treiben dieser Kreise nicht jene Festigkeit gezeigt hat, die nötig gewesen wäre.

Über ganz Deutschland haben sich zahlreiche Organisationen verbreitet, die verborgen oder offen gegen die Republik, gegen die Arbeiterschaft haben. Mit Bitterkeit haben wir feststellen müssen, daß die Reichsmehrheit sich nicht freigegeben hat von engen Beziehungen zu diesen reaktionären, sozialistischen Organisationen. Sie, die der Republik dienen, sie schützen sollte, die gedacht ist als ein Machtmittel der Republik, hat sich mehr und mehr zu einer Bedrohung der Republik entwidelt. Der Herr Reichsminister Dr. Geiler hat im Reichstag in den Sitzungen vom 22. Februar dieses Jahres und den folgenden Tagen schon ausgegeben, daß Teile der Reichsmehrheit mit den verbotenen Geheimorganisationen in enger Fühlung gestanden haben und wohl noch jetzt stehen. Der Chef dieses Jahres in einem Erlaß an die Reichsmehrheit selbst ausgeführt, daß Versuche gemacht worden seien, die Reichsmehrheit für die politischen Ziele dieser rechtsreaktionären Organisationen zu gewinnen, und daß diese Versuche leider nicht immer vergeblich gewesen seien.

In dieser Situation kann es zunächst einmal der Arbeiterschaft nicht verbattet werden, wenn sie zum Schutze ihrer Vermögenswerte, ihrer Einrichtungen, ihrer Führer Abwehrmaßnahmen gegen Heberfälle rechtsreaktionärer Elemente ergreifen hat. Aber nicht nur der Arbeiterschaft und ihren Einrichtungen droht Gefahr, die Republik selbst ist bedroht. Die Kämpfe um ihre Existenz. Solange diese Situation besteht, kann die sächsische Regierung es den Arbeiterparteien nicht verbieten, nein, sie muß es dankbar begrüßen, wenn sich die Arbeiter den Organen der Republik zur Verfügung stellen, um im Bedarfsfälle unter der Leitung staatlicher Polizei mit ihrem Leben alle gewalttätigen und ungesetzlichen Angriffe gegen die Republik abzuwehren. Das Proletariat hat generationenlang mit Schuld und Disziplin schwerste Entbehrungen ertragen, ohne die Kräfte zu verlieren. Es hat gesehen, daß es trotz seiner Treue gegenüber dem Staat und trotz allen seinen Opfern an Gut und Blut, Lebensfreude und Lebensausichten weiterbürgern mußte. Und trotzdem ist das Proletariat auch heute noch die stärkste und auferfähigste Sicherung der Republik.

Die Regierung hat deshalb zu der Arbeiterschaft das feste Vertrauen, daß sich kein Mitglied des Ordnungsdienstes an irgendeiner provokatorischen Handlung beteiligt oder sich Exekutivbefugnisse beihält, die ihm nicht zukommen

und die kein Staat einer privaten Organisation überlassen könnte. Davon, daß diese Abwehrorganisationen gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoßen, kann gar keine Rede sein, denn der sächsische proletarische Ordnungsdienst ist nicht bewaffnet. Und damit entfallen alle Argumente.

Nur einen Weg gibt es, um diese Abwehrorganisationen überflüssig zu machen: das Reich muß endlich eingreifen gegen die sozialistischen Organisationen! In Nord- und Mitteldeutschland ist die Sozialistische Arbeiterpartei, in der Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei verboten. Vor dem Staatsgerichtshof schwebt das Verfahren gegen die Organisation Consul. In Bayern aber sind jene Organisationen noch heute erlaubt. Dort hatten sie in voller Waffenrüstung zugsagen unter den Augen der Behörden ihre Übungen ab.

Das Reich kann helfen, es braucht nur anzugreifen. Der Erlaß neuer Gesetze und neuer Verordnungen ist nicht nötig. Würden jetzt neue Verordnungen erlassen, die sich gegen unbewaffnete Selbstschutzborgorganisationen richten, niemand würde sich des Eindrucks erwehren können, daß das Reich nur die Interessen der Republik zu schützen will, gegen die rechtsreaktionären Angriffsbewegungen aber doch nicht einschreitet. Das Reich hat es in der Hand, diese Abwehrorganisationen gegen